

2019-04-11

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 13.03.2019

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 20:50 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten:

Freie Fraktion Dessau-Roßlau

Trocha, Harald entschuldigt

Fraktion der CDU

Gebhardt, Roland entschuldigt
Kolze, Jens entschuldigt
Schwabe, Jörg entschuldigt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Krüger, Harald entschuldigt
Sanftenberg, Angela entschuldigt

Fraktion der SPD

Hartmann, Robert entschuldigt

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Busch, Thomas entschuldigt

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Grünthal, Martin entschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnet die 39. Sitzung des Stadtrates und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums mit derzeit 37 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen (37:00:00).

3 Genehmigung der Niederschrift vom 06.02.2019

Bezüglich der in der Niederschrift aufgeführten fünf Stadträte, die während der Ausführungen des Bürgers 1 in der Einwohnerfragestunde den Sitzungssaal verlassen haben, bittet **Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke**, darum, ihn mit aufzuführen, da er ebenfalls den Sitzungsraum verlassen hatte.

Die Niederschrift wurde genehmigt (36:00:04).

Während des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Rumpf, CDU-Fraktion, Herr Dr. Möbius, Fraktion Pro Dessau-Roßlau und Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, zur Sitzung (40).

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Der Bericht des Oberbürgermeisters ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt bekannt, dass in der Sitzung des Stadtrates am 06.02.2019 keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst wurden.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:30 Uhr

Anmerkung des Protokolls: Bürgerin 1 übergab zu Beginn der Sitzung dem Büro des Stadtrates eine schriftliche Anfrage eines Bürgers, die dem Präsidium zum Vortragen (als Bürger 8) übergeben wurde. Die Anfrage wurde nicht verlesen, sodass diese der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt und an das zuständige Fachamt zur Beantwortung weitergeleitet wurde.

Bürgerin 1 wiederholt ihre in der letzten Sitzung des Stadtrates gestellte Frage zu den Gesamtkosten der von der Stadt angemieteten und leerstehenden Wohnungen für Flüchtlinge, da diese nur teilweise beantwortet wurde.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit und Soziales, sagt eine Nachreichung der Gesamtkosten für das Jahr 2018 zu.

Ebenfalls verweist die **Bürgerin 1** auf die in der letzten Stadtratssitzung gestellte Frage zur Benennung des Bauhausplatzes in Mies-van-der-Rohe-Platz und legt dazu ihre Bedenken zum erhaltenen Antwortschreiben dar. Weiterhin erbittet Sie eine Antwort seitens der Stiftung Bauhaus.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärt, dass er sich in dem Antwortschreiben auf die Partei der NSDAP und nicht auf andere Vereinigungen bezogen hat. Die Stiftung Bauhaus und die Stadtverwaltung Dessau-Roßlau haben sich mit den Aussagen von Historikern intensiv befasst. Auch in den USA tragen Straßen den Namen Mies-van-der-Rohe. Er sieht keinen Grund von der Namensgebung abzusehen, da man in der Gesamtabwägung zu keiner anderen Einschätzung gekommen ist.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, bemerkt, da die Stiftung Bauhaus eine eigene Institution ist, müsse sich die Bürgerin 1 mit Ihrer Frage direkt an diese wenden.

Abschließend geht die **Bürgerin 1** auf das seit 1 ½ Jahren bestehende Problem im Werner-Seelenbinder-Ring 4-8 ein. Hier steht die Straße nach jedem Regen unter Wasser, sodass die Bewohner das Haus nicht verlassen können. Zwar fand hier bereits eine Kanalreinigung statt, jedoch besteht das Problem weiterhin. Deshalb stellt sie die Frage, wann das Problem dauerhaft behoben wird und ob anschließende Kontrollen durchgeführt werden.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine Ursachenprüfung und eine Kontrolle zu.

Bürgerin 2 (Regina Ewald) geht auf die in der Sitzung des Stadtrates am 25.05.2016 beschlossene Änderung des B-Planes 136 A in Dessau-Kochstedt ein. Beschlossen wurden eine Änderung des Bebauungsfeldes und eine Änderung des Bauzweckes von altersgerechtem Wohnen in eine Bebauung für Wohnzwecke. Die Begründung hierfür war, dass im Sinne der Marktabfrage der Zweck für altersgerechtes Wohnen überholt und stattdessen eine erhöhte Nachfrage nach Bauland besteht. 2016 waren bereits einige Objekte für altersgerechtes Wohnen vorhanden, wie z. B. Avendi, Residenz am Theater, Heideschule, Elballee usw. Sie stellt die Frage, was sich gegenüber 2016 geändert hat, wenn jetzt Absichtserklärungen, Bauanfragen, Bauanträge oder bereits Umbauten für altersgerechtes Wohnen, wie z. B. Rodebilleschule, Avendi, Kleiner Prinz, Kristallpalast und Schillerstraße in Roßlau, erfolgen.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Das B-Plan-Verfahren unterliegt der freien Wirtschaft. Überall, wo es Baurecht gibt, können Anträge für bestimmte Einrichtungen gestellt werden.

Frau Ewald stellt weiterhin die Frage, ob es einen Einwohnerseniorentakter gibt, der das Alter der Bürger einbezieht, oder ob der Investor eigenständig nach Marktlage, also was für ihn dann lukrativ ist, entscheidet.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, verweist auf den Demografiebericht, in dem festgelegt ist, wie hoch in welcher Bevölkerungsgruppe die Bevölkerungsanteile sind. Die Investoren entscheiden aber selbst, welches Angebot sie in dieser Stadt machen und was sie bauen möchten.

Abschließend stellt **Frau Ewald** die Frage, warum es für den Investor des Gebietes keine Bauausgleichsflächen gibt, damit der dortige Wald im Hinblick auf den nachgewiesenen Klimawandel bestehen bleiben kann.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, entgegnet, dass die Stadt nicht in dem Maße Flächen anbieten kann. Es müsste einen Grundstückstausch geben, was ein aufwändiges Verfahren ist. Da sich dieser B-Plan noch im Verfahren befindet, werden derzeit die Rechtsgrundlagen geprüft. Für diesen Bereich ist das B-Plan-Verfahren zunächst abzuschließen.

Auf die Frage der **Bürgerin 3 (Frau Lechler)**, warum der Neubau der Synagoge Anbau heißen soll, stellt **Herr Oberbürgermeister Kuras** fest, dass es sich um einen Neubau handelt, der an das vorhandene Gemeindezentrum angebaut wird.

Frau Lechler verweist weiterhin darauf, dass es in Dessau auf dem Weg vom Bahnhof zur Straßenbahn und umgekehrt, keine eindeutige und sichere Wegeführung gibt. Zu Bedenken gibt sie, dass gerade in diesem Jahr viele Bürger kommen werden, die nicht wissen, wo in Dessau am Bahnhof die Straßenbahnhaltestelle ist, da diese nicht einsehbar ist.

Sie stellt folgende Fragen:

- Sind die Personenströme, die von der Straßenbahnhaltestelle zum Bahnhof wollen und in entgegengesetzter Richtung, gezählt oder geschätzt worden?
- Welche Wegebreiten müssen dafür eingeplant werden, nach welcher DIN-Norm?
- Welche Sicherheitsvorschriften gibt es für das Überqueren der Gleise?
- Was spricht gegen den Vorschlag, vor dem Bahnhof in der Kurve einen Einstieg für die Bürger zu machen, so wie es das früher schon einmal gab?

Herr Säbel, Leiter des Tiefbauamtes, erhält das Rederecht und sagt bezüglich der Vorschriften und Wegebreiten eine schriftliche Beantwortung zu. Des Weiteren verweist er auf den zu Beginn der Sitzung gehaltenen Bericht des Oberbürgermeisters, dass noch nicht alles abgeschlossen ist und bis April die Ausstattungen und auch die Wegweisungen erfolgen. Dieser Bereich ist also noch eine Baustelle.

Bürger 4 (Herr Jacob Uwe Weber) fragt nach einer Statistik bzw. einer Erhebung über Jugendliche und Heranwachsende, die durch eine Drogenproblematik in der Stadt mit rechtlichen Konflikten belangt wurden und welche Hilfsangebote in der Stadt, durch die Stadt, oder durch freie Träger für abhängige Jugendliche angeboten werden.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit und Soziales, entgegnet, dass es keine kombinierte Statistik, aber eine Polizeistatistik über solche Delikte gibt. Deshalb muss die Polizei befragt werden. Bezüglich der auffälligen Jugendlichen sind die Drogenberatungsstellen zu konsultieren, jedoch beschäftigt sich jetzt auch die Stadtverwaltung mit dem Drogenthema.

Herr Weber stellt weiterhin an den **Oberbürgermeister** die Frage, ob es stimmt, dass er die Firma Getec, die maßgeblich bei der Ausgestaltung der Wirtschaftsgespräche im Junkerspark mitgewirkt hat, als Käufer des Grundstückes Schlossplatz für den Neubau des Hotels präferiert.

In Beantwortung legt **Herr Oberbürgermeister Kuras** dar, dass ein Wirtschaftsforum durchgeführt wurde. Es gibt die Vorschrift, dass alle Spenden in den Ausschüssen bzw. im Stadtrat besprochen und angenommen werden müssen, was getan wurde. Die Spenden wurden angenommen. Es ist keine persönliche Entscheidung seinerseits, sondern je nach Höhe entscheidet der Haupt- und Personalausschusses bzw. der Stadtrat. Da das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, macht er zur Firma Getec keine weiteren Aussagen.

Bürger 5 (Herr Förster) stellt als Mitinitiator der Schlossplatzinitiative klar, dass es bisher lediglich ein Gespräch mit dieser Initiative gegeben hat. Dem widerspricht **Herr Oberbürgermeister Kuras** und verweist auf mindestens zwei stattgefundene Gespräche. Mit Mitgliedern des Stadtrates, zweier Ausschüsse und dem Architekten hat im Ratssaal eine Veranstaltung stattgefunden, wo auch Frau Franz einen längeren Vortrag gehalten hat. Weiterhin hat ein Gespräch im Raum 270 stattgefunden, wo auch er, Herr Förster, anwesend war.

Herr Förster bezieht sich des Weiteren auf die Aufforderung des Eigenbetriebes Stadtpflege, die Wegweiser an der Wallwitzburg zu entfernen. Die vorhandenen städtischen detaillierten Wegweiser wurden im gesamten Beckerbruch im Jahr 2005 ersatzlos entfernt. Es gibt also seit 14 Jahren keine touristengerechte Ausschilderung für das teilrekonstruierte städtische Gebäude der Wallwitzburg. Aus diesem Grund gibt es zwei vereinseigene Wegweiser. Diese sind kleine Holzschilder, darunter sind ortsveränderlich jeweils zwei laminierte A4-Folien angebracht, die darauf hinweisen, dass die Burg ein Aussichtspunkt ist, man sich dort informieren kann und es dort möglich ist, eine Pause einzulegen. Es gibt also nichts, wo man einen Verwaltungsakt anstrengen müsste. Diese Schilder hängen in unterschiedlichen Ausführungen seit etwa einem Jahrzehnt dort und haben bisher niemanden gestört, im Gegenteil, denn die Besucher bedanken sich öfters, da sie die Burg ansonsten nicht gefunden hätten. Auch die provisorisch angebrachten Schilder an einem 2005 aufgestellten Sandsteinquader wurden unterbunden, sodass erneut ein anderer Wegweiser aufgestellt wurde. Am 30.10.2018 kam dann vom Stadtpflegebetrieb der Hinweis, dass die Schilder zu entfernen sind. Am 13.11. und 20.11.2018 stellte er einen Antrag zum Aufstellen der Hinweisschilder, was am 01.02.2019 abgelehnt wurde. Ohne Begründung sollten zeitgleich innerhalb von zwei Wochen die Wegweiser entfernt werden. Da lediglich auf die Stellungnahmen der Fachämter Bezug genommen wurde, handelt es sich um keinen widerspruchsfähigen Bescheid. Bis zu einem Gespräch mit der Beigeordneten Frau Schlonski sollte die Sache aufgeschoben werden. Obwohl das Gespräch noch nicht stattgefunden hat, sollen die Wegweiser laut einer E-Mail jetzt abgebaut werden.

Nach der Aufforderung des **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm**, stellt Herr Förster folgende Fragen:

Warum wird aus so einer kleinen Sache mit den Wegweisern eine so große Sache gemacht? Welche Sachgründe stehen dem Verbleib der aufgestellten Wegweiser entgegen und warum werden diese nicht mitgeteilt. Ist die Stadtverwaltung nicht in der Pflicht, die Architekturen im UNESCO-Weltkulturerbe Georgengarten touristisch entsprechend auszuschildern, zumal die Wallwitzburg direkt am Radwanderweg liegt?

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, entgegnet, diesen Sachverhalt im Zusammenhang mit dem touristischen Leitsystem prüfen zu müssen und sagt eine zeitnahe Antwort zu. Sie verweist zudem auf die Veröffentlichung der Antworten auf öffentliche Anfragen auf der Internetseite der Stadt.

Weiterhin geht **Herr Förster** auf die im April stattfindende Sitzung des Stadtrates ein, in der entschieden werden soll, dass das Grundstück am Schlossplatz an die Firma Getec verkauft wird. Es ist also sicher, dass die Firma Getec das Grundstück bekommt, was in einer Sitzung am Donnerstag beschlossen wurde. Eigentlich sollte die Schlossplatzinitiative zu dieser Sitzung und zu allen anderen Gremiensitzungen eingeladen werden, was jedoch nicht passiert ist. Er stellt also fest, dass jetzt vor dem Bürgerbegehren eine Beschlussfassung erfolgen soll.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm, unterbricht an dieser Stelle Herrn Förster, der daraufhin laut wurde und weiter reden wollte. Herr Ehm macht ihn darauf aufmerksam, wenn er unflätig wird, ihn des Saales zu verweisen. Da diese Angelegenheit in Bearbeitung ist, könne keiner diese Frage beantworten. Herr Förster fuhr fort und fragte, ob der Stadtrat im April den Grundstücksverkauf beschließen soll.

Da die Tagesordnung für die Sitzung des Stadtrates erst 10 Tage vor der Sitzung erstellt wird, kann diese Frage nicht beantwortet werden, erwidert **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**.

Auf den Zwischenruf von Herrn Förster eingehend, dass eine Anfrage seit vier Wochen im Rechtsamt liegt, erklärt **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**, dass sie diese Behauptung nicht im Raum stehen lassen kann. Es ist richtig, dass ein Fragebogen vorgelegt wurde, also eine Unterschriftenliste, die zurzeit auch geprüft wird. Sie bedauert, dass es krankheitsbedingt zu Verzögerungen gekommen ist. Herr Förster wird aber rechtzeitig die Information bekommen. Es besteht Kontakt zum Landesverwaltungsamt, um vorher abzu prüfen, ob die Fragestellung ordnungsgemäß ist. Diese Anfrage liegt dem Rechtsamt aber keine vier Wochen vor, da zu diesem Zeitpunkt keine konkrete Fragestellung, trotz rechtlicher Beratung, erfolgt ist.

Bürger 6 (Herr Warzecha) merkt zu den Ausführungen des Oberbürgermeisters bezüglich der Planungen am Schlossplatz an, dass diese nicht zufriedenstellend sind. Es könne nicht sein, dass die Stadt ohne Vorgaben an Investoren etwas ausschreibt und die Investoren ungeschehen planen können und dann wird argumentiert, dass die Investoren nicht vergrault werden können.

Herr Warzecha stellt die Fragen, warum es andere Städte schaffen, wie bspw. Halberstadt und Wittenberg, Vorgaben an die Investoren zu machen und warum das in Dessau nicht geht. Gibt es finanzielle Zusicherungen oder Möglichkeiten der Stadt, dass wenigstens Teile der historischen Fassaden wieder erstellt werden, denn es ist offensichtlich, dass viele Bürger eine Verbesserung des Stadtbildes wünschen, da das Stadtbild im Moment desolat ist.

In diesem Zusammenhang verweist er auf die wieder aufgestellten Klangsäulen in der Kavallerstraße und stellt an Herrn Oberbürgermeister Kuras die Frage, ob es wirklich so gewollt ist, dass diese verdreckten Säulen wieder so aufgestellt wurden, was eine Schande für diese Stadt ist.

Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnet, dass selbstverständlich Vorgaben an Investoren gestellt werden. In der Ausschreibung gab es die Aufforderung, die Vorgabe des Baugesetzbuches § 34, Unbeplanter Innenbereich, an die Umgebung anzupassen. Das betrifft z. B. die Traufhöhe, möglicherweise auch die Farbgebung und weitergehende Vorgaben, wie z. B. die historischen Fassaden wieder zu verwenden. Dazu sind die Investoren aber aus verschiedenen Gründen nicht bereit, weil sich die Kosten erhöhen und weil ein Hotelbetrieb einer gewissen Funktionszugehörigkeit bedarf, was in diesem Fall nicht machbar ist. Wenn ein Investor gefunden wird, der die alte Hauptwache mit einem Hotel baut, dann ist er offen für jeden Vorschlag. Er glaubt indes aber nicht daran. Es gibt viele Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt, die nicht das 18. Jahrhundert wieder auf dem Schlossplatz haben wollen, sondern die mit einer modernen, zeitgemäßen Form und Sprache arbeiten wollen.

Zur Frage der aufgestellten Säulen sagt **Herr Oberbürgermeister Kuras** eine Prüfung des Zustandes zu. Wenn diese in einem schlechten Zustand sind, müssen diese gereinigt werden.

Bürgerin 7 (Frau Karin Rieche) bezieht sich als Vorsitzende des Stadtbezirksbeirates innerstädtisch Mitte/Süd auf die Ankündigung in der Mitteldeutschen Zeit zur Zwangsversteigerung des „Leipziger Torhauses“. Bei einer Einsicht in den Vorgang beim Amtsgericht war ersichtlich, dass die Versteigerung durch das Amt für Stadtfinanzen betrieben wird. Das „Leipziger Torhaus“ ist namensgebend für das Stadtquartier „Am Leipziger Tor“. Es wurde Mitte der 1980er Jahre als Kulturhaus und Begegnungsstätte für den Stadtteil denkmalgerecht rekonstruiert und als solches bis Mitte der 1990er Jahre betrieben. Für das Stadtquartier wird zurzeit ein Quartierskonzept erstellt. Das Gebäude ist geeignet als Quartierszentrum zu dienen. Über dieses Grundstück führt zudem ein wichtiger Weg, der für die Wegverbindungen in diesem Bereich von öffentlichem Interesse ist. Es befindet sich außerdem ein sichtbares Kunstwerk auf dem Grundstück.

Sie stellt die Fragen, ob es möglich ist, die Versteigerung auszusetzen und mit der Eigentümerin über den Rückkauf des Objektes zu verhandeln? Könnte der Differenzbetrag zwischen dem zu bietenden Versteigerungswert und der ohnehin bestehenden Forderung der Stadt Verhandlungsgrundlage sein?

Der Stadtbezirksbeirat wird sich aktiv einbringen, um ein Konzept zu erarbeiten, bei dem das Gebäude bürgerschaftlich getragen und aus Mitteln des Projektes „Soziale Stadt“ finanziert wird.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erwidert, dass das Thema in der OB-Dienstberatung besprochen und festgelegt wurde, dass die Zwangsversteigerung für sechs Monate ausgesetzt wird, damit der Sachverhalt geprüft werden kann. In diesem Zeitraum sollte ein Ergebnis vorliegen, über das dann entschieden werden kann.

Bürgerin 8 (Frau Marquardt-Krien) legt dar, dass sie mit ihrer Familie in Bergens-Busch, der sogenannten Splittersiedlung, wohnt und verweist auf das Problem der Zufahrt zu den Häusern, was nur ein Ackerweg ist, der zweimal im Jahr von der Stadt abgezogen wird und jedes Mal 23 T€ kostet. Sie stellt die Fragen, wann diese Straße

dauerhaft befestigt wird und wie es um den Glasfaserausbau in diesem Bereich steht. Soweit ihr bekannt ist, wurde der Ausbau im Gewerbegebiet Flugplatz begonnen und abgeschlossen.

In Beantwortung bittet **Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, Herrn Reinicke, Geschäftsbereichsleiter der DATEL, das Wort zu erteilen.

Herr Reinicke erhält das Rederecht und legt dar, dass er nicht genau sagen kann, wie es in Bergens Busch aussieht. Am Flugplatz sind die Arbeiten noch nicht vollständig abgeschlossen. Er wird den derzeitigen Stand prüfen und hier ausgeben.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte zum Ausbau der Straße eine schriftliche Beantwortung zu.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, macht auf den Beschluss im Jahr 2018 bezüglich des Ehrengrabes von Herrn Heinrich Deist aufmerksam und bittet um Informationen, wie das Ehrengrab zukünftig gepflegt werden soll. In der Vergangenheit hat die Firma Schneider dieses Grab gepflegt, womöglich könnte dies auch der Eigenbetrieb Stadtpflege übernehmen.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, antwortet, dass der Eigenbetrieb Stadtpflege die Pflege des Ehrengrabes nicht übernehmen kann, da sich der Friedhof auf keinem Grundstück der Stadt Dessau-Roßlau befindet.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, verweist auf den Streik „Fridays for Future“. Die Schüler protestieren jeden Freitag um 11:00 Uhr für eine bessere Zukunft in Bezug auf den Klimaschutz. Die Fraktion der SPD unterstützt dies ausdrücklich und diejenigen, die zu diesem Zeitpunkt nicht arbeiten sind, sollten dies ebenfalls unterstützen. Die Stadt Dessau-Roßlau hatte gute Ergebnisse mit dem damaligen Klimaschutzmanager erzielt. Die Stadträte sollten darüber nachdenken, ob man einen solchen Klimaschutzmanager wieder einstellen sollte.

Außerdem weist **Herr Eichelberg, Fraktion SPD**, auf die Albrecht-Schneider-Straße in Dessau-Kochstedt hin. Auf der einen Seite werden in Kochstedt 70 Eichen gefällt, aber auf der anderen Seite wird den Bürgern verboten, auf dem Seitenstreifen zu parken. Die Einwohner pflegen das Grabensystem sowie die Grünflächen, daher sollte sich die Verwaltung mit den Bürgern in Verbindung setzen und das Parkverbot aufheben.

Frau Storz, Fraktion SPD, bezieht sich auf den Neubau der gemeinsamen Kindertagesstätte für Kleutsch und Mildensee. Im Haushaltsplan der Stadt Dessau-Roßlau befinden sich seit einigen Jahren die Gelder für den Neubau dieser Kindertagesstätte. Nun hat das Land Sachsen-Anhalt, trotz der vielen positiven Signale im Vorfeld, einen Ablehnungsbescheid gegeben. Es ist ein schlimmer Fakt, da es sich um 84 Kinder handelt, welche in beiden Kindertagesstätten untergebracht sind.

Die Mitarbeiter arbeiten unter unsäglichen Bedingungen. Die Aufgabe bleibt dennoch bestehen, da der Bestandsschutz der beiden Kindertageseinrichtungen am 01.01.2021 erlischt. Daher stellt sie die Frage nach der weiteren Verfahrensweise.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, bestätigt, dass der Ablehnungsbescheid eingegangen ist und im Haushalt 2019 die Fördermittel- und Eigenanteile ausgewiesen sind. Da der Fördermittelanteil nicht in Aussicht steht, ist diese Maßnahme gesperrt. Somit kann auch nicht an der Planung weitergearbeitet werden. In diesem Jahr wurden 1.055.000 € im Haushalt eingestellt und im nächsten Jahr über 1.000.0000 €. In der Haushaltsplanung 2020 muss darüber gesprochen werden, ob diese Maßnahme ohne eine Förderung eingeordnet wird, was der dritte Neubau ohne eine Förderung wäre. Im nichtöffentlichen Teil wird sie diesbezügliche Informationen geben.

Der Bestandsschutz läuft für viele Gebäude aus. Die Arbeitsstättenverordnung schreibt außerdem vor, dass ab dem 01.01.2021 in Räumen, in denen sich mehr als 20 Personen aufhalten, eine Türbreite von 1,20 m vorzuhalten ist, was in fast keinem Bestandsbau der Fall ist und alle Schulen betrifft. Im Städtetag sollte das besprochen werden, da es die Kommunen vor großen Herausforderungen stellen wird.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, kann die Ablehnung des Fördermittelbescheides nicht nachvollziehen. Für die Rettung der Nord LB werden über Nacht 200.000.000 € zur Verfügung gestellt und für unsere Kinder fehlen hier 3.000.000 €. Außerdem kann er es nicht unterstützen, dass die Kinder aus den Schulen geholt werden, um an dem Streik „Fridays for Future“ teilzunehmen. Bezüglich des ehemaligen Güterbahnhofes in Dessau bittet **Herr Mrosek, AfD**, um Informationen, wie weit die Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG sind, um dort Ordnung zu schaffen. Der Zustand ist eine Schande für die Stadt Dessau. Weiterhin bittet er um Informationen, ob die Stadt Dessau-Roßlau ein Konzept gegen die Wildschweinplage hat. Erst Anfang dieser Woche stand in der Zeitung, dass es diesbezüglich einen Vorfall in Dessau-Törten gegeben hat. Ebenso unzumutbar ist die Situation in Dessau-Mosigkau. Die regionale Planungsgemeinschaft überstimmt die Einwände der Stadt Dessau-Roßlau bezüglich der Errichtung des Windparks. **Herr Mrosek, Fraktion AfD**, fragt, ob das UNESCO-Weltkulturerbe oder der Naturschutz diese Neubauten verhindern kann. Abschließend fragt **Herr Mrosek, Fraktion AfD**, ob die Berufsfeuerwehr ein Konzept vorbereitet hat, bzw. in der Lage ist, ein Feuer eines explodierenden Elektroautos zu löschen, was auch die Elektromobilität des Öffentlichen Nahverkehrs betrifft.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erwidert zur Wildscheinplage, dass ein Jäger zur Bejagung eingestellt wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras macht auf das Bundesjagdgesetz aufmerksam. Es wird von Jägern berichtet, dass bei den bundesrechtlichen Regelungen, viele zu ändernde Einschränkungen bestehen. Das betrifft das Verbot der Benutzung von Nachtsichtgeräten oder auch das Verbot des Anfütterns. Die Möglichkeiten der Kommune sind ausgeschöpft und allein die Bejagung reicht nicht aus. Er hatte den Vorschlag geäußert, sterilisierendes Futter auszulegen. Dennoch kann es nicht mehr verantwortet werden, wenn im Schillerpark oder in Törten mit großkalibrigen Waffen geschossen wird. Bezüglich der Elektromobilität merkt er an, dass die Berufsfeuer-

wehr in der Lage, ist, solche Brände zu löschen, was auch für Dächer mit Photovoltaikanlagen gilt.

Zum Windpark verweist **Herr Oberbürgermeister Kuras** auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes, wonach denkmalrechtliche Befugnisse im Vorverfahren abzuwägen sind. Das war auch der Streitpunkt in der regionalen Planungsgemeinschaft. Diesbezüglich wird es keine positive Einigung geben. Die gute Nachricht ist, dass sich das Land Sachsen-Anhalt im Naturschutz in der Verantwortung sieht. Der Rotmilan hat seinen größten Bestand in Sachsen-Anhalt und auch im Bereich Dessau-Mosigkau. Die Umweltministerin Frau Prof. Dalbert will das zum Anlass nehmen, gesonderte Schutzvorschriften in Bezug auf Windkraftanlagen zu erlassen.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, bezieht sich auf den ehemaligen Güterbahnhof in Dessau. Die Flächen gehören nicht mehr der Deutschen Bahn, sondern einem privaten Eigentümer. Insofern ist die Stadt Dessau-Roßlau darauf angewiesen, mit dem Eigentümer ins Gespräch zu kommen.

Herr Adamek, Fraktion CDU, bestätigt die Anmerkung eines Bürgers bezüglich der Säulen in der Kavallerstraße, und dass diese gereinigt werden sollten.

Außerdem bittet **Herr Adamek, Fraktion CDU**, um die Nachrüstung des Aufklebers bezüglich des Handyparkens am Parkplatz Muldewehr. Er verweist weiterhin auf ein Schreiben der Berufsfeuerwehr an die Freiwilligen Feuerwehren, in dem geprüft werden soll, ob die Leiter der Freiwilligen Feuerwehren auch eine Ehrenamtskarte beantragt haben und wenn ja, dass diese, weil sie eine Aufwandsentschädigung erhalten, die Ehrenamtskarte zurückgeben sollen. Da sich die Aufwandsentschädigung auf die Funktion und nicht auf die Leistung bezieht und es für die Bereitschaftsdienste keine Entschädigung gibt, bittet er um eine intensive Prüfung dieser Thematik.

Abschließend geht **Herr Adamek, Fraktion CDU**, auf die kommende Beschlussvorlage zu den gelben Säcken ein und macht darauf aufmerksam, dass in einigen Wohngebieten die Bürger aufgefordert wurden, die gelben Säcke nicht auf die Straße zu stellen. Er stellt die Frage nach einer Zwischenlösung, da es auf kleinem Wohnraum schwer ist, die gelben Säcke 14 Tage lang zu lagern. Aus seiner Sicht besteht auch eine Vertragspflicht der Firma Achtert.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, hat für dieses Problem keine alternative Lösung. Die gelben Säcke können für den Zeitraum im Keller gelagert werden. Da die Container weg sind, bleibt lediglich die Entsorgung über den gelben Sack. Im Betriebsausschuss Stadtpflege wurden die Eckpunkte für die Neuausschreibung der Leichtverpackung besprochen. Außerdem macht sie deutlich, dass es nur noch die gelben Säcke und die gelben Tonnen geben wird. Die Vermieter müssen auch eine Möglichkeit schaffen, wo die Mieter die gelben Säcke bis zur Abholung lagern können. Die Abholung wird aber garantiert.

Herr Adamek, Fraktion CDU, informiert, dass sich bei einer Reihe von 10 Wohnblöcken mit je 10 Mietparteien nach 14 Tagen ca. 200 bis 300 gelbe Säcke ansammeln und stellt die Frage, ob das das angestrebte Stadtbild ist.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, verneint dies. Momentan kann aber nur der Abholzyklus verkürzt werden.

Herr Rumpf, Fraktion CDU, bezieht sich auf das Anliegen von Herrn Eichelberg, Fraktion SPD, zur Unterstützung der Streiks „Fridays for Future“. Normalerweise unterstützt er dieses Anliegen, aber es wird hier zu einem Gesetzesbruch aufgerufen. Daher schlägt er vor, diese Streiks außerhalb von Schulzeiten durchzuführen.

Herr Rumpf stellt des Weiteren die Frage, ob in der Verwaltung ein Windenergievorhaben für den Ortsteil Brambach bekannt ist.

Herr Jähnichen, Leiter des Amtes für Umwelt- und Naturschutz, erwidert, dass dem Amt für Umwelt- und Naturschutz kein Antrag vorliegt. Es gab lediglich eine Anfrage eines Investors zu den Vorbelastungsdaten.

Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, hat die Informationen erhalten, dass die Beiträge der Dessauer Kindertagesstätten (Dekita) aufgrund des Kinderförderungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KiFöG) verändert werden sollen. Da es bis heute keine weiteren Informationen gibt, fragt er nach einer Entscheidung.

Weiterhin bezieht sich **Herr Schlecht-Pesé** auf den Neubau der Kindertagesstätte in der Raguhner Straße. Er wünscht sich für die kommenden Beschlussvorlagen eine ausführliche Darstellung der Vereinbarkeit mit dem Handlungsfeld „S10 – Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr“ sowie eine Erläuterung, wie eine qualitativ hochwertige Betreuungsstruktur, wie im Handlungsfeld „S5 – Soziales Miteinander“ beschrieben, geregelt ist. Auch im Masterplan Bauhausstadt ist beschrieben, dass eine hohe Gestaltungsqualität und Baukultur von öffentlichen Bauvorhaben verlangt wird. Nach diesem Ratsbeschluss kann er nicht erkennen, wie eine mehr als durchschnittliche Betreuung umgesetzt werden soll. Eine bessere Planung gibt es bei der geplanten Kindertagesstätte in Dessau-Mildensee.

Zur Waldsiedlung in Kochstedt merkt **Herr Schlecht-Pesé** abschließend an, dass die Beschlussvorlage seiner Fraktion sowie der Fraktion der SPD, bezüglich eines Tauschgrundstücks mehrheitlich abgelehnt wurde.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, bemerkt, dass die Satzung der Dessauer Kindertagesstätten aufgrund des Kinderförderungsgesetzes (KiFöG) überarbeitet werden muss. Diese wird nun in die Gremien gebracht und soll in dieser Legislaturperiode beschlossen werden. Die Kostenbeiträge werden überprüft und neue Kostenfestsetzungsbescheide erstellt.

Frau Müller, Fraktion SPD, hat sich die Kindertageseinrichtungen in Mildensee und Kleutsch in Bezug auf das kostenlose Frühstück angesehen. Die dort herrschenden Bedingungen sind katastrophal, was auch auf die körperliche Substanz der Erzieher Einfluss hat.

Zudem macht **Frau Müller, Fraktion SPD**, auf die Waschbären in den Vororten aufmerksam. Sie fragt, ob eine Möglichkeit besteht, dass Lebendfallen zentral besorgt werden können, anstatt bei einem Förster.

Bezüglich der Schulpflicht, weist **Frau Müller, Fraktion SPD**, daraufhin, dass das Land und der Bund auch dafür sorgen müssen, dass genügend Lehrer vorhanden sind. Der Lehrermangel ist allen bekannt und dennoch gibt es keine Veränderungen. Die Lehrer sind ebenfalls überfordert, weshalb mehr Geld zur Verfügung gestellt werden sollte. Die Schüler wollen nicht die Schule schwänzen, sondern machen auf die schlechte Umwelt aufmerksam.

Herr Dr. Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, stellt folgende Anfragen, welche von den Radfahrern in der Stadt Dessau-Roßlau überbracht werden:

"Was gedenkt die Stadt als Sofortmaßnahmen zu tun, um den Elberadweg in der Weise zu ertüchtigen, damit die Argumente des Landesverwaltungsamtes für die Umverlegung durch das Stadtgebiet erfüllt werden". Besonders ungeeignet für Radtouristen auf Grund mangelnder Radverkehrsanlagen sind die Antoinettenstraße in Richtung Stadtpark, die Kreisstraße in Waldersee und schwerwiegend die ausgeschaltete LSA der Querung B184/ Ludwigshafener Straße / Muldebrücke "Eierschneider". Da der Elberadweg auf dem Elberadtag am 5. Mai 2019 offiziell eröffnet wird, bedarf es der Abhilfe. Die Maßnahmen sind darüber hinaus im Radverkehrskonzept der Stadt verankert. Der Hintergrund ist, dass das Landesverwaltungsamt der Umverlegung zugestimmt hat, mit dem Hauptargument, dass die Sicherheit der Rad fahrenden Touristen auf der neuen Route gesteigert wird. Dieser Argumentation kann und will die Interessenvertretung der Rad fahrenden Bevölkerung nicht folgen, da die alte Strecke im Stadtgebiet ohne Querung von Straßen und ausnahmslos abseits von Straßen verlief. Die Begründung des Landesverwaltungsamtes liegt der Stadtverwaltung vor.

"Was gedenkt die Stadt als Sofortmaßnahmen zu tun, um den Bauhausradweg in der Weise zu ertüchtigen, dass eine gefahrlose und dem Jubiläumsjahr angemessene Beschaffenheit und Befahrbarkeit erreicht wird". Besonders die kleine Nordschleife weist zwischen Kornhaus und Elbpavillion im Bereich des Deiches extrem schlechte Passagen mit grober Schotterführung und Großpflaster auf. Es ist zu befürchten, dass gerade die kürzere nördliche Schleife mit den Meisterhäusern, Kornhaus, Elbe und Georgium stark frequentiert wird und es zu Unfällen von ungeübten Radfahrern kommt. Auf der Südschleife gibt es zahlreiche Querungsstellen, die für ungeübte Radfahrende schwer zu bewältigen sind, z. B. Mauerstraße/Friedhofstraße, Abschnitte mit Benutzung des Gehwegs, z. B. Fritz-Hesse-Straße. Ebenfalls Abschnitte mit problematischer Oberfläche und Breite sind z. B. der Bereich Tannhegerbrücke, das Paul-Greifzu-Stadion, der Uferweg der Mulde sowie ebenfalls die LSA Querung.

Herr Säbel, Leiter des Tiefbauamtes, informiert, dass der Zustand des Elbradweges bekannt ist und entsprechende Maßnahmen in Abstimmung sind. Dies betrifft besonders die ausgeschaltete LSA. Zum Zustand des Bauhausradweges muss er Rücksprache halten.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, nimmt Bezug auf das Jubiläum 100 Jahre Bauhaus. Die gegenwärtige Presseberichterstattung über die Jubiläumsatmosphäre in der Stadt Dessau-Roßlau ist äußerst bedenklich. Das Leitsystem kommt aus verschiedenen Gründen nicht und die Zentralhaltestelle am Bauhausmuseum wird eine unendliche Geschichte werden. Im Jahr 2017 wurde der Beschluss gefasst, dass

eine Arbeitsgemeinschaft „100-Jahre Bauhaus“ unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters, gebildet wird. Er äußert die Bitte, dass eine Zusammenkunft einberufen wird, um den Zustand zu verbessern. Die Wahrnehmung in der Stadt Dessau-Roßlau muss sich in Bezug auf das Jubiläum verbessern. Die Stadt Dessau-Roßlau sollte zusammen mit der Stiftung Bauhaus ein geschlossenes Bild zeigen.

Herr Schönemann stellt die Frage nach dem finanziellen Aufwand für die Vorbereitung und Planung der Projekte im STARK 3-Programm. Er bittet weiterhin zu prüfen, ob die Müllabfuhr vollständig übernommen werden kann, da die Stadt somit nicht von den Unternehmen abhängig wäre.

Abschließend informiert **Herr Schönemann**, dass es eine Elterninitiative gibt, welche sich um den Lehrermangel und die Stundenausfälle kümmert. Diese nimmt Kontakt mit anderen Schulen auf, um diese „Missstände“ systematisch entgegen zu wirken. Unter anderem gibt es auch Kontakt mit dem Landesverwaltungsamt und mit der Kommune.

Herr Oberbürgermeister Kuras widerspricht, dass die Stadt Dessau-Roßlau nicht mit der Stiftung Bauhaus arbeitet. Im Moment werden an den Projekten „Unsichtbare Orte“, „Passagen“, „das Festival“ und „Raumbühne“ gearbeitet. Dazu sind auch die Bauhausagenten an den Schulen tätig. Leider ist es der Stiftung nicht gelungen, die Meisterhausbaustellen und die Rückseite des Bauhauses rechtzeitig fertigzustellen. Auch die Stadt Dessau-Roßlau hat ihre Probleme. Gerade eines der schönsten Projekte waren die Schlemmerfiguren an der Stadteinfahrt Ost, welche durch das Land Sachsen-Anhalt nicht bewilligt wurden. Auch bei dem Parkplatz an der Kornhausstraße kamen die Fördermittel erst sehr spät. Dennoch funktioniert die gemeinsame Arbeit zwischen der Stiftung Bauhaus und der Stadt Dessau-Roßlau.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, antwortet, dass sein Anliegen falsch verstanden wurde. Es geht ihm lediglich um die gegenwärtige Wahrnehmung in der Stadt Dessau-Roßlau. Er bittet darum, dass sich die Arbeitsgemeinschaft „100-Jahre Bauhaus“ umgehend trifft.

Herr Oberbürgermeister Kuras ergänzt, dass das nächste Treffen der Arbeitsgemeinschaft „100-Jahre Bauhaus“ am 17.04.2019 stattfindet.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, erklärt, dass zum Thema „Schloßplatz“ nicht genügend Beteiligungen stattgefunden haben. Im Stadtbezirksbeirat innerstädtisch Nord am 12.02.2019 hat er dazu bereits angemerkt, dass sich der Beirat ebenfalls einbringen möchte. Daraufhin hat er in der Hauptsatzung der Stadt Dessau-Roßlau recherchiert. Die Einwohnerzahlen der 25 Stadtbezirke gehen von 177 Einwohnern bis 10.500 Einwohner. Aus seiner Sicht, benötigt die Stadt Dessau-Roßlau keine 25 Stadtbezirke mit einem so großen Unterschied an Einwohnern. Er bittet darum, dass darüber nachgedacht wird, ob die Hauptsatzung noch aktuell ist und ob eine Reform durchgeführt werden sollte.

Außerdem bringt **Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke**, sein Unverständnis zum Ausdruck, dass die Einwohner mit „Bürger“ in der Einwohnerfragestunde aufgerufen werden. Er ist begeistert, wie sich einige Bürger engagieren, aber viele wollen lediglich provozieren. Nach § 5 Absatz 6 der Geschäftsordnung findet keine Aussprache

mit dem Bürger statt. Es ist für ihn auch ein Unterschied, ob die Frage beantwortet wurde oder ob derjenige mit der Beantwortung nicht zufrieden ist. Er lässt es nicht zu, dass einige der Meinung sind, dass sie das Präsidium, oder die ehrenamtlichen Stadträte vorführen müssen. Der Stadtrat ist dafür da, um die Zukunft in der Stadt Dessau-Roßlau zu gestalten.

Herr Hernig, Freie Fraktion, informiert, dass am 07.03.2019 eine Versammlung des Fachgremiums zum Schloßplatz stattgefunden hat. Bezüglich bereits bestehender Spekulationen zu einem Schluss zum Schlossplatz bittet er den Oberbürgermeister um Informationen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verweist darauf, dass das Verwaltungsverfahren ein Verfahren der Verwaltung ist. In dieser Zusammenkunft wurde Verschwiegenheit vereinbart, da es auch um den Schutz des Investors vor falschen Interpretationen geht. Es gibt lediglich eine Empfehlung, denn der Beschluss wird im Stadtrat gefasst.

Herr Oberbürgermeister Kuras stimmt Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke, zu und ergänzt, dass auch der Stadtrat geschützt werden muss. Es wurde ein Verwaltungsverfahren vereinbart und dieses wird abgearbeitet. Die Entscheidung ist erst gefallen, wenn der Stadtrat dies mehrheitlich bestätigt.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, kommt auf die Beschilderung an der Wallwitzburg zurück und erklärt, dass die vom Verein angefertigte Beschilderung solange bleiben soll bis die Verwaltung selbst eine Beschilderung anbringt.

Weiterhin geht **Herr Otto**, auf einen Beitrag in der Presse zur Ausdehnung des Untersuchungsgebietes für das Bürgerbeteiligungsverfahren Stadteingang Ost ein, in welchem Frau Beigeordnete Schlonski erklärt hat, dass es sich um ein Verfahren der Verwaltung handelt und die Politik lediglich informiert werden muss. Es handelt sich aber um einen politischen Beschluss des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt. Er macht deutlich, dass Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, die Aufträge des Stadtrates umsetzen muss.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, bestätigt, dass sie für die Umsetzung verantwortlich ist. Sie hat den Wunsch des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt mitgenommen und auch gesagt, dass es in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters abgestimmt werden muss.

Herr Puttkammer, Fraktion CDU, gibt eine Anregung im Zusammenhang mit Maßnahmen, welche zu Jubiläen stattfinden. Wie zur internationalen Bauausstellung wurden Maßnahmen gestartet, bei denen die Nachhaltigkeit verloren ging. In diesem Zusammenhang gab es den „roten Faden“. Ein Aufsteller ist schräg und der zweite Aufsteller liegt seit Wochen auf dem Boden. Er bittet die Verwaltung, die Aufsteller entweder abzuräumen, oder ordentlich zu pflegen.

Weiterhin macht **Herr Puttkammer, Fraktion CDU**, darauf aufmerksam, dass die Schulleiterin des Gymnasium Philanthropinum dringend befähigte Mitarbeiter sucht. Durch lang- und kurzfristige Krankheiten haben am Donnerstag 18 von 70 Kollegen gefehlt. Am Walter-Gropius-Gymnasium ist die Situation ähnlich. Sollte jemand die

Lust und die Fähigkeit besitzen, bis zur 10. Klasse zu unterrichten, dann kann sich derjenige bei der Schulleiterin melden.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, geht auf die Antwort von Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, ein und stellt fest, dass der Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt t einen Beschluss gefasst und keinen Wunsch geäußert hat.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, merkt an, dass es lediglich eine Empfehlung gab dieses Areal zu erweitern. Es war kein Beschluss, da es sich um eine Informationsvorlage gehandelt hat. Jedoch ist die Art der Kommunikation nicht vorteilhaft.

Herr Tschammer, Fraktion SPD, stimmt zu, dass es sich um eine Empfehlung gehandelt hat. Gleichwohl war es ein wichtiges Anliegen der Stadträte, weshalb dieses Thema erneut die Tagesordnung gesetzt werden soll.

Herr Tschammer, Fraktion SPD, fragt nach dem Sachstand zur Alten Leipziger Straße, die schwer zu befahren ist und die sich in einem beklagenswerten Zustand befindet.

Herr Säbel, Leiter des Tiefbauamtes, informiert, dass laut Planung für die Alte Leipziger Straße keine Sanierung vorgesehen ist, jedoch wird sie im Unterhalt ständig kontrolliert.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, bat die Verwaltung, die Fristen bezüglich der Wallwitzburg auszusetzen, da noch über das Konzept beraten wird. Darüber gab es auch eine Verständigung mit Frau Jaquet, Leiterin des Grünflächenmanagement und mit Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt. Deshalb ist er irritiert, dass trotzdem Maßnahmen gegen den Verein eingeleitet worden sind.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, stellt klar, dass die Gespräche mit dem Wallwitzburgverein, lediglich das Gebäude betreffen und nicht das Umfeld.

Der Tagesordnungspunkt wurde von 18:19 Uhr bis 18:45 Uhr eine Pause durchgeführt.

Während der Pause erschien Herr Mau, CDU-Fraktion, zur Sitzung (41).

6.2 Informationen zum NGA-Breitbandausbau in der Stadt Dessau-Roßlau

Die von **Herrn Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, anhand einer Power-Point-Präsentation gegebenen Informationen zum Breitbandausbau in der Stadt Dessau-Roßlau sind der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Zur Beantwortung der Frage von **Herrn Mrosek, AfD**, ob es nicht sinnvoll wäre, zukünftig, wie der Industrie, die 100 Mb auch den Privathaushalten zur Verfügung zu stellen und die Anwohner darüber zu informieren, dass sie die Möglichkeit haben, eine höhere Internetgeschwindigkeit zu bekommen, erhielt **Herr Reinicke, Geschäftsbereichsleiter der DATEL** das Rederecht. Er legt dar, dass Veranstaltungen geplant sind, zu denen die Bürger eingeladen werden. Beim Ausbau sind die Mitarbeiter zu den Bürgern und Ortschaftsräten gegangen und haben publik gemacht, dass das jeweilige Gebiet ausgebaut wird, denn die Bürger und die Unternehmen müssen das wissen, weil bis zum Haus herangebaut wird, aber der Hausanschluss von den Eigentümern gewollt sein muss. Der geförderte Bereich, der für die Privathaushalte 50 Mb vorschreibt, wird überall geschafft, aber es wurde zukunftsicher geplant, so dass höhere Bandbreiten möglich sind.

7 Beschlussfassungen

7.1 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA Vorlage: BV/018/2019/I-OB

Beschluss:

Der Annahme der in der Anlage dargestellten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

7.2 Ehrensatzung der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/050/2019/I-OB

Frau Stöbe, Fraktion Die Linke, stellte den **Antrag**, in der **Anlage 1 im 2. Satz das Wort geringfügig zu streichen und im 4. Absatz das Wort „kirchlichem“ durch „konfessionellem“ zu ersetzen.**

Die **Änderungen** wurden seitens des Einreichers der Beschlussvorlage **übernommen.**

Beschluss:

Die Ehrensatzung der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

7.3 Beitritt zum Fonds zur Entschädigung nicht-unfallbedingter Gesundheitsschäden im Feuerwehrdienst
Vorlage: BV/003/2019/II-37

Beschluss:

Der Beitritt zum Fonds zur Entschädigung nicht-unfallbedingter Gesundheitsschäden im Feuerwehrdienst wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

7.4 Übertragungsbeschluss Trauerhalle Mühlstedt
Vorlage: BV/020/2019/II-EB

Beschluss:

1. Der Trauerraum der kommunalen Trauerhalle am kirchlichen Friedhof in Mühlstedt wird aufgegeben.
2. Das Gebäude und die Garage sowie der dazugehörige Grund und Boden werden mit Wirkung zum 1. Januar 2019 unentgeltlich an das Referat des Oberbürgermeisters, Ortschafts- und Stadtbezirksangelegenheiten zur weiteren Bewirtschaftung und Nutzung übertragen.
3. Die Übertragung des Anlagevermögens an die Stadt Dessau-Roßlau erfolgt zum Buchwert der Trauerhalle, Garage und Grund und Boden zum 01.01.2019 in Höhe von insgesamt 18.556,00 EUR. Die Entnahme führt zur Minderung der Allgemeinen Rücklage des Eigenbetriebes in gleicher Höhe.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

7.5 Aussetzung von Straßenausbaubeiträgen
Vorlage: FV/002/2019/Linke

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erläutert, dass mit der Beschlussvorlage zur Aussetzung der Beiträge, die politische Entscheidung des Landes vorangebracht und eine Bedenkzeit geschaffen werden soll. Er bat als Einreicher der Vorlage, den **letzten Satz des Beschlusses** wie folgt zu **ändern**: „**Dies gilt bei der Auslegung von Planungsunterlagen für zukünftige Projekte.**“

In der Diskussion votieren weiterhin die SPD-Fraktion und Herr Mrosek, AfD, für die Beschlussfassung der Vorlage.

Die CDU-Fraktion, die Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen sowie die Freie Fraktion erklären, aus rechtlichen Gründen die Beschlussvorlage ablehnen zu müssen.

Herr Oberbürgermeister Kuras verweist darauf, dass der Stadtrat rechtlich nicht befugt ist, ein Landesgesetz auszusetzen. Nach der Gesetzeslage des KVG ist er verpflichtet, Vorlagen, die rechtlich nicht in Ordnung sind, zu beanstanden und Widerspruch einzulegen, was er im Fall einer heutigen Beschlussfassung tun wird. Der Stadtrat muss sich dann ein zweites Mal mit der Vorlage befassen und wenn dann der Beschluss immer noch Bestand hat, hat das Landesverwaltungsamt als Kommunalaufsicht zu entscheiden.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, stellt den **Antrag auf namentliche Abstimmung.**

Herr Dr. Möbius, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, stellt den Antrag auf Schluss der Debatte.

Antrag auf Schluss der Debatte wurde einstimmig angenommen (41:00:00).

Der Antrag auf namentliche Abstimmung wurde einstimmig angenommen (41:00:00)

Der **Vorsitzende des Stadtrates; Herr Ehm,** ruft die Stadträte in alphabetischer Reihenfolge auf und bittet sie, mit Ja, Nein oder Enthaltung zu antworten.

Im Ergebnis der namentlichen Abstimmung wurde die Beschlussvorlage **abgelehnt.**

Beschluss:

Ablehnung der Beschlussvorlage zur Aussetzung von Straßenausbaubeiträgen.

Abstimmungsergebnis: 14:26:01

Nach der Beendigung des Tagesordnungspunktes verlässt Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, die Sitzung (40).

7.6 Architekturpreis der Bauhausstadt Dessau – eine Initiative von Stadt und Sparkasse
Vorlage: BV/055/2019/III-61

Beschluss:

Im Zusammenhang mit der Auslobung des Architekturpreises der Bauhausstadt Dessau wird der Durchführung einer Befragung zur Verleihung eines Publikumspreises zugestimmt.

Gemäß § 4 i. V. m. § 6 Statistikgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StatG-LSA) wird festgelegt:

- | | |
|--|--|
| 1. Zweck der Befragung: | siehe Begründung (Anlage 1) |
| 2. Erhebungsmerkmale: | siehe Fragebogeninhalt (Anlage 2) |
| 3. Hilfsmerkmale: | siehe Fragebogeninhalt (Anlage 2) |
| 4. Art und Weise der Befragung: | schriftlich/online |
| 5. Befragungszeitraum: | siehe Begründung (Anlage1) |
| 6. Periodizität: | jeweils mit Auslobung des Architekturpreises |
| 7. Kreis der zu Befragenden: | jede/r Besucher/in der Orte, an dem der Fragebogen ausliegt sowie Jede/r Besucher/in der Webseite, die/der den Online-Fragebogen aufruft |
| 8. Befragung auf freiwilliger Basis, es besteht keine Auskunftspflicht | |

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.7 Änderungsbebauungsplan Nr. 101 D/D1 - Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich südlich der Schlagbreite, Stadtbezirk West
Vorlage: BV/014/2019/III-61

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, verweist auf einen Schreibfehler im Beschluss der Vorlage, 1. Zeile. Hier ist das Datum vom 28. März 2018 zu **ändern in 28. Februar 2018**. Er gibt weiterhin die Abstimmungsergebnisse der vorberatenden Gremien bekannt.

Beschluss:

Die in der Anlage 3 beigefügte Satzung über die Verlängerung der am 28. März 2018 beschlossenen (BV/420/2017/III-61) und am 1. April 2018 in Kraft getretenen Veränderungssperre wird zur Absicherung des in Aufstellung befindlichen Änderungsbebauungsplanes Nr. 101 D/D1 „Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet D/D1 – Fachmarktzentrum Mannheimer Straße“ beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**7.8 12. Änderung Flächennutzungsplan Dessau „Fachmarktzentrum Mannheimer Straße“ und Änderungsbebauungsplan Nr. 101 D/D1 „Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet D/D1 – Fachmarktzentrum Mannheimer Straße“
Vorlage: BV/012/2019/III-61**

Beschluss:

1. Die Änderung des Geltungsbereiches für die 12. Änderung des Flächennutzungsplans Dessau „Fachmarktzentrum Mannheimer Straße“ wird wie in der Anlage 2 enthalten bestätigt.
2. Das Informationsblatt (Anlage 3) mit Anhängen und Anlagen (Anlagen 4 bis 8) zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur 12. Änderung des Flächennutzungsplans Dessau „Fachmarktzentrum Mannheimer Straße“ und zum Änderungsbebauungsplan Nr. 101, Teilgebiet D/D1 „Gewerbegebiet Dessau-Mitte, TG D/D1 – Fachmarktzentrum Mannheimer Straße“ mit Stand vom 8. Januar 2019 wird gebilligt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt in Form einer öffentlichen Auslegung des Informationsblattes (Anlage 3), ergänzt durch:
 - den Vorentwurf der Planzeichnung für die 12. Änderung des Flächennutzungsplans Dessau „Fachmarktzentrum Mannheimer Straße“ vom 8. Januar 2019 (Anlage 4)
 - den Vorentwurf der Planzeichnung des Änderungsbebauungsplans Nr. 101 D/D1 „Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet D/D1 – Fachmarktzentrum Mannheimer Straße“ mit Stand vom 8. Januar 2019 (Anlage 5)
 - den Vorentwurf der textlichen Festsetzungen zum Änderungsbebauungsplan mit Stand vom 8. Januar 2019 (Anlage 6)
 - das Gutachten zur Steuerung des Einzelhandels im Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen B-Plans Nr. 101 D/D1 FMZ Mannheimer Straße vom Januar 2017, Stadt + Handel (Anlage 7)
 - die schalltechnische Stellungnahme vom 19. Dezember 2018, Graner Ingenieure GmbH, Leipzig (Anlage 8) und
 - den seit dem 23. Februar 2008 rechtswirksamen Bebauungsplan Nr. 101 D/D1 „Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet D/D1“ (Anlage 9).

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**7.9 Novellierung des Maßnahmebeschlusses
Aufbauhilfe Hochwasser 2013, E 28 - Errichtung Heizhaus und Sanie-
rung der Kellerräume
an der Grundschule Tempelhofer Str. 52, 06849 Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/343/2018/III-65**

Beschluss:

Die Gesamtausgaben erhöhen sich von 449.547,00 € (brutto) um 173.021,60 € auf 622.568,60 € (brutto). Sie werden zu 100 % aus Mitteln der Hochwasserhilfe finanziert.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**7.10 Korrektur BV/377/2018/III-66 - Anhang II (Preisliste), § 4 Niederschlagswasser der Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der DESWA GmbH (ABE) vom 01.01.2019
Vorlage: BV/048/2019/III-66**

Beschluss:

Die Korrektur des Anhang II, § 4 Niederschlagswasser der Preisliste der Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der DESWA GmbH (ABE) vom 01.01.2019 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

**7.11 Maßnahmebeschluss zur Realisierung einer flexiblen und nachhaltig nutzbaren Raumbühnensituation
Vorlage: BV/457/2018/IV-ATD**

Beschluss:

Es wird beschlossen, auf der Hauptbühne des Anhaltischen Theaters eine flexible und nachhaltig nutzbare Raumbühnensituation zu realisieren.

Abstimmungsergebnis: 39:01:00

**7.12 Grundsatzbeschluss zur Sanierung der integrativen Kindertageseinrichtung "Buratino", Kreisstraße 72, 06862 Dessau-Roßlau, OT Meinsdorf
Vorlage: BV/452/2018/V-51**

Beschluss:

1. Die Planung einer Teilsanierung der in Trägerschaft des Trägerwerk Soziale Dienste e.V. befindlichen Kita „Buratino“, Kreisstraße 72, 06862 Dessau-Roßlau, OT Meinsdorf bis zur Phase 3 (Entwurfsplanung) mit einem geschätzten Honorar von ca. 120.000,00 € wird beschlossen.

2. Zur Finanzierung der Maßnahmen werden die Mittel des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung 2017 – 2020“ verwendet.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**7.13 Maßnahmebeschluss zur energetischen und allgemeinen Sanierung der Kindertageseinrichtung „Sonnenköppchen“ des Behindertenverbandes Dessau e. V.
Vorlage: BV/472/2018/V-51**

Beschluss:

1. Die Sanierung der Kindertageseinrichtung „Sonnenköppchen“ des Behindertenverbandes Dessau e. V. am Standort Augustenstraße 86/88 in 06842 Dessau-Roßlau im Rahmen des Förderprogramms STARK III EFRE plus mit einer Gesamtausgabe in Höhe von 3.237.708,33 € wird beschlossen.
2. Die Finanzierung der Kosten für die notwendige Zwischenunterbringung der zu betreuenden Kinder während der Sanierungsphase in Höhe von 280.000,00 € durch die Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und **Nichtöffentlichkeit** hergestellt.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau und Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, verlassen die Sitzung (38).

10 Schließung der Sitzung

Nach Herstellung der Öffentlichkeit, schließt der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm** um 20:50 Uhr die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 11.04.19

Lothar Ehm
Vorsitzender Stadtrat

Schriefführer